

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

15. - 21. November 2025

Der französische Senat plant drastische Einsparungen, um das Defizit der Sozialversicherung 2026 auf 15,1 Milliarden Euro zu senken. Nach Änderungen der Nationalversammlung, die das Defizit auf rund 24 Milliarden Euro steigen ließen, will die Sozialausschusskommission des Senats Maßnahmen wie den Wiedereinstieg in die Rentenreform von 2023, die Wiederaufnahme der Sondersteuer auf private Zusatzversicherungen und das Einfrieren bestimmter Sozialleistungen umsetzen. Ausgenommen von der „Einfrierung“ werden kleine Renten unter 1.400 Euro und die Leistung für erwachsene Menschen mit Behinderung. Gleichzeitig soll die Erhöhung der CSG auf Kapital- und Vermögenseinkommen zurückgenommen werden. Ziel der Senatoren ist es, das Defizit auf ein „tragbares Niveau“ zu bringen und die Finanzmärkte zu beruhigen, da ein steigendes Defizit das französische Sozialmodell gefährden würde. Die endgültige Version des Gesetzes wird noch im Plenum des Senats abgestimmt, mögliche Kompromisse könnten in einer gemischten Parlamentskommission gefunden werden.

Parlamentspräsidentin Yaël Braun-Pivet fordert neue Regeln für die Haushaltsberatungen. Die aktuellen Verfahren seien mit einer „Kultur des Kompromisses“ unvereinbar: Verfassungsfristen und eine Flut von Änderungsanträgen verhinderten geordnete Abstimmungen. Braun-Pivet schlägt einen programmierten Debattenzeitrahmen vor, der die Redezeit begrenzt und auf die Fraktionen verteilt, sowie eine thematische Gliederung der Haushaltsdebatten statt der bisherigen Trennung von Einnahmen und Ausgaben. Außerdem möchte sie die Rolle der Ausschüsse stärken, damit im Plenum verstärkt auf deren überarbeiteten Texten aufgebaut wird. Das aktuelle Budget soll das letzte sein, das nach den alten Regeln beraten wird. Für einige Reformen sind jedoch parteiübergreifende und teils sogar verfassungsrechtliche Anpassungen notwendig, über die sie mit Senat und Präsident Macron sprechen will.

Catherine Vautrin, die französische Verteidigungsministerin, hat die umstrittenen Aussagen des Generalstabschefs Jean Mandon verteidigt. Dieser hatte vor Bürgermeistern gesagt, Frankreich müsse bereit sein, „seine Kinder zu verlieren“, um die Nation zu schützen, was von politischen Gegnern als „kriegsverherrlichend“ kritisiert wurde. Vautrin betonte, seine Worte seien militärisch zu verstehen und im Kontext der Verantwortung eines Kommandeurs zu sehen, der „das Risiko für junge Soldaten“ kennt. Sie unterstrich, dass es wichtig sei, die Bürgermeister für die aktuelle Sicherheitslage zu sensibilisieren und die kollektive Verteidigungsbereitschaft zu stärken. Kritik kam unter anderem von Jean-Luc Mélenchon und Fabien Roussel, die den Auftritt als inakzeptabel und unnötig militaristisch bezeichneten.

Radio France und France Télévisions haben die drei zum Konzern von Vincent Bolloré gehörenden Medien – CNews, Europe 1 und Journal du dimanche – vor dem Pariser Handelsgericht verklagt. Der Vorwurf lautet „Dénigrement“, also Rufschädigung, was als unlauterer Wettbewerb gilt. Der Konflikt zwischen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den Bolloré-Medien schwelt seit der sogenannten Affaire Legrand-Cohen, in der zwei Journalisten nach einer veröffentlichten Gesprächsaufnahme der Nähe zur Sozialistischen Partei bezichtigt wurden. Bereits im September hatten die Chefinnen von Radio France und France Télévisions der Medienaufsicht Arcom eine „systematische und tägliche“ Kampagne der Herabsetzung durch CNews und Europe 1 gemeldet und dafür Beispiele besonders aggressiver Sendungsausschnitte vorgelegt. Beide öffentlich-rechtlichen Gruppen verweigern derzeit jeden Kommentar zu dem laufenden Verfahren.

Die französische Nationalversammlung hat eine neue Steuer auf kleine Importpakete aus Nicht-EU-Ländern beschlossen. Betroffen sind Sendungen unter 150 Euro, die künftig mit zwei Euro besteuert werden, um die Kontrolle gefährlicher oder nicht konformer Produkte zu finanzieren. Die Einnahmen von rund 500 Millionen Euro sollen in Scanner und zusätzliche Zollkräfte fließen. Die Steuer wird nicht direkt auf die Verbraucher erhoben, sondern über die Plattformen mittels der Mehrwertsteuer eingezogen, um die Verbraucher zu entlasten. Die Maßnahme tritt am 1. Januar in Kraft und soll unter anderem die Flut minderwertiger Produkte aus China eindämmen.

Staatspräsident Emmanuel Macron beruft Krisensitzung zu Drogenkriminalität ein. Nach mehreren Gewalttaten, darunter der Mord am Bruder eines Anti-Drogenaktivisten in Marseille und ein Schusswaffenangriff auf einen Jugendlichen in Grenoble, lud der Präsident gemeinsam mit Premierminister Sébastien Lecornu und mehreren weiteren Ministern zu einer Sitzung ins Élysée ein. Thema war die Umsetzung des im Juni verabschiedeten „Drogenkriminalitäts-Gesetzes“, insbesondere die Einrichtung der Nationalen Staatsanwaltschaft für organisierte Kriminalität (Pnaco) ab 1. Januar, die für besonders schwere und komplexe Fälle zuständig sein wird. Macron verfolgt die Situation eng und hatte sich bereits im Mai über die Arbeit der Anti-Kriminalitäts-Einheiten informiert. Ziel der Sitzung ist es, die Anwendung des Gesetzes zu verstärken und die Sicherheit in Marseille und anderen betroffenen Regionen zu verbessern.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ist zu einer fünftägigen Afrikareise unterwegs, deren erste Station Mauritius ist. Anschließend besucht er Südafrika (anlässlich des G20-Gipfels), Gabon (Treffen mit dem neuen Präsidenten Brice Clotaire Oligui Nguema nach dem Sturz der Bongo-Dynastie) und Angola (Teilnahme am Gipfel der Afrikanischen Union und der EU). Mauritius, ehemalige französische und britische Kolonie, ist seit 1968 unabhängig und behält eine starke französischsprachige Tradition, obwohl Englisch Amtssprache ist. Rund 15.000 Franzosen leben auf der Insel. Macron will die politisch etwas abgekühlten Beziehungen nach über 30 Jahren wiederbeleben, seit François Mitterrand 1993 zuletzt die Insel besucht hatte. Macron und der mauritische Premierminister Navin Ramgoolam besichtigen die französische Marine, die in der Region gegen Drogenhandel, illegale Fischerei und Migration operiert. Zudem sollen Abkommen zur Sicherung des Stromnetzes und Modernisierung der Wasserversorgung unterzeichnet werden.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Für die Kommunalwahl 2026 in Menton unterstützen *Les Républicains* Louis Sarkozy, den 28-jährigen Sohn des ehemaligen Präsidenten. Er erhält zunächst nur eine symbolische Unterstützung; die Formalisierung einer solchen soll erst erfolgen, wenn er seine Kampagne offiziell startet, um Probleme bei der Anrechnung seiner Medienauftritte zu vermeiden. Louis Sarkozy, der als politischer Kommentator tätig ist, tritt mit einem Anspruch auf „Erneuerung“ an. Er präsentiert sich als Anhänger von Napoleon sowie als Unterstützer von Donald Trump, Elon Musk und Argentiniens Präsident Javier Milei.

DIE ZAHL DER WOCHE

30 Milliarden Euro

3	8	4	7
0		6	5
5	2	3	1
7	4	9	2
9	8	2	0
			1

Die erste „französische Ausgabe“ von *Choose France* – die sieben vorherigen waren ausländischen Investoren vorbehalten – kann als Erfolg eingestuft werden. Mit einem Gesamtvolumen von 30 Milliarden Euro stellen die rund 151 Investitionsprojekte französischer Unternehmen auf nationalem Boden, die von der Regierung erfasst wurden, einen neuen Rekord auf und übertreffen deutlich die 20 Milliarden der letzten internationalen Ausgabe. Zwar handelt es sich dabei um Projekte der vergangenen zwölf Monate, doch die neuen Ankündigungen im Rahmen der Veranstaltung, die an diesem Montag stattfand und mit einem Abendessen im Élysée-Palast in Paris endete, machen allein fast ein Drittel dieser Summe aus – 9,2 Milliarden Euro.